Kölner Stadtanzeiger, 5. April 2024, S.4

GASTBEITRAG von Klaus Larres

**Bidens Mittelweg wird zur Sackgasse**

KLAUS LARRES IST PROFESSUR FÜR GESCHICHTE UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN AN DER UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT CHAPEL HILL UND FELLOW AM WOODROW WILSON CENTER IN WASHINGTON D.C.

Noch ist offen, ob Joe Biden oder Donald Trump die US-Präsidentschaftswahl im November gewinnen wird. Aber es sieht nicht gut für Biden aus. Seine Umfrage-Ergebnisse werden immer schlechter. Nur 37 Prozent aller Amerikaner haben derzeit eine positive Meinung von ihrem Präsidenten. Wie nur selten zuvor im US-Wahlkampf könnte die Außenpolitik das politische Schicksal des Amtsinhabers bestimmen.

Bidens Popularitätswerte sind seit dem Gaza-Krieg eingebrochen. Die scheußliche Hamas-Attacke mit der Ermordung von mehr als 1200 Israelis und der Entführung von mehr als 200 Geiseln hat Israel zu harten Gegenmaßnahmen greifen lassen. Die USA haben sich dabei voll und ganz hinter Israel gestellt. Biden hat mehrfach betont, dass Israel selbstverständlich das Recht hat, sich zu verteidigen. Schon seit vielen Jahren stellen die USA Israel jährlich fast vier Milliarden Dollar an Militärhilfe zur Verfügung. 15 Prozent des Verteidigungsbudgets Israels werden damit von den USA finanziert. Seit dem 7. Oktober hat die Biden-Regierung Israel weitere Hilfen zukommen lassen. Die USA haben 16 verschiedene Waffenarten geliefert. Dazu gehören Maschinengewehre, Raketen, Drohnen und Flugzeuge. Derzeit wird im Kongress über ein zusätzliches Hilfspaket von fast 18 Milliarden Dollar debattiert.

Doch das Vorgehen der Regierung von Benjamin Netanjahu im Gazastreifen stößt auf immer größeren Widerstand in den USA. Immer mehr Amerikaner werfen Biden vor, Netanjahus Agieren durch die US-Militär- und Finanzhilfe erst zu ermöglichen. Die Biden-Regierung versucht daher schon seit Wochen, mäßigend auf Israel einzuwirken – bisher recht erfolglos.

Als die USA jetzt erstmals eine Resolution des UN-Sicherheitsrats passieren ließen, die Israel aufforderte, einem Waffenstillstand zuzustimmen, sagte Netanjahu umgehend den Besuch einer hochrangigen israelischen Delegation in Washington ab. Sie sollte auf Verlangen der USA das weitere Vorgehen in Gaza besprechen. Dies war eine unerhörte Brüskierung von Israels wichtigstem Bündnispartner. Doch die Biden-Administration nahm es hin und konferierte stattdessen mit dem ohnehin in den USA weilenden israelischen Verteidigungsminister. Ungeachtet des starken Widerspruchs aus Washington hält Israel auch am beabsichtigten Angriff auf die Stadt Rafah an der Grenze zu Ägypten fest, wo die verbliebenen Hamas-Terroristen in unterirdischen Tunneln vermutet werden. In Rafah halten sich aber auch mehr als eine Million Flüchtlinge auf.

Die hektische Pendeldiplomatie von US-Außenminister Anthony Blinken ist bisher gescheitert. Verhandlungen in Oman – sogar zwischen den USA und Iran, das die Hamas finanziert – sind wieder aufgenommen worden, doch ein Waffenstillstand ist nicht absehbar.

Dann erfolgte vor wenigen Tagen der israelische Luftschlag auf einen Konvoi der Organisation „World Central Kitchen“ in Gaza. Angeblich ein schrecklicher Fehler, doch es mehren sich Verdachtsmomente, die Helfer könnten gezielt attackiert worden sein. Biden brachte mit bebender Stimme seine Wut und Fassungslosigkeit zum Ausdruck. Das hielt ihn aber nicht davon ab, der versprochenen Lieferung hochmoderner F-15-Jagdflieger an Israel zuzustimmen. Bislang kann Netanjahu sich somit auf Bidens Rückhalt verlassen, ungeachtet der herben öffentlichen Kritik.

Vielen Amerikanern ist mittlerweile ein Licht aufgegangen. Die Supermacht USA scheint sich nicht zu trauen, Netanjahu Einhalt bei der täglichen Verletzung von Menschenrechten im Gazastreifen zu gebieten. Und während in Israel Anti-Netanjahu-Demonstrationen großen Zulauf haben, verstärkt sich in den USA die Anti-Biden-Stimmung. Gerade im Lager der US-Demokraten und im Lager der Unentschiedenen laufen Biden die Wähler davon. Nur wenige Amerikaner mit arabischem und palästinensischem Hintergrund sind derzeit noch bereit, ihm ihre Stimme zu geben. Zu den traditionellen Festivitäten im Weißen Haus zum Ende des Ramadans schlugen viele muslimische Ehrengäste die Einladung von vornherein aus, andere verließen die Feier schon nach kurzer Zeit und nach teilweise brüsken Debatten mit Mitarbeitern im Amtssitz des Präsidenten. Es waren allesamt Persönlichkeiten, mit deren Unterstützung Biden vor vier Jahren noch rechnen konnte.

Auch viele Amerikaner mit irischen Wurzeln haben sich von Biden abgewandt – eingedenk des Kampfes ihrer Vorfahren gegen die britische Kolonialmacht in Irland. Die Schicht der jungen Wähler unter 35 ist ebenfalls von Bidens Unterstützung für die Politik Israels im Gazastreifen enttäuscht. Die meisten werden wohl erst gar nicht wählen gehen.

Die jüdischen Wähler in den USA wiederum, die das Vorgehen Israels überwiegend als notwendig und richtig beurteilen, geht Bidens Israelpolitik nicht weit genug. Seine öffentliche Kritik an Israel kommt bei ihnen nicht gut an. Viele dieser Menschen tendieren deshalb zur Wahl Donald Trumps. An dessen knallharter Unterstützung für das Vorgehen Israels kann es keinen Zweifel geben. Biden macht es somit nur wenigen recht: Den einen geht seine Solidarität im Israel nicht weit genug, den anderen ist sie zu bedingungslos. Der von Biden bevorzugte vorsichtige Mittelweg scheint nicht nur für die Bevölkerung in Gaza, sondern auch für die politische Karriere des Präsidenten zu einer Sackgasse zu werden.

Eines hat die Biden-Regierung bisher nicht gemacht: Sie hat Israel nicht damit gedroht, die amerikanische Militär- und Finanzhilfe einzustellen, wenn Netanjahu an einer weiteren Bombardierung des Gazastreifens und dem Sturm auf Rafah festhält. Es wurden nicht einmal Bedingungen an die Lieferung der verschiedenen Waffensysteme geknüpft.

Gerade das verlangen immer mehr US-Bürgerinnen und -Bürger. Einer Umfrage der Zeitung „USA Today“ zufolge wollen 45 Prozent aller Amerikaner und sogar 69 Prozent der Anhänger der Demokratischen Partei, dass Biden deutlich mehr Druck auf Israel ausübt. Denn es ist offensichtlich: Nur die US-Regierung wäre in der Lage, die Führung in Israel zur Räson zu bringen – wenn sie denn wollte.

Je länger der Gaza-Krieg dauert, umso schlechter werden Bidens Wahlaussichten. An seinem Alter und den gestiegenen Lebenshaltungskosten in den USA kann er kaum etwas ändern. Aber auf die Politik Israels im Gazastreifen könnte er Einfluss nehmen. Immer mehr Menschen in den USA sind davon überzeugt, dass die notwendige Zerschlagung der Hamas nicht länger auf Kosten der palästinensischen Zivilbevölkerung gehen darf. Joe Biden sollte sich dies zu Herzen nehmen, wenn er die Wahlen im November noch gewinnen will.